

KOMMENTARE

Finanznot der Krankenhäuser

Auf Galle komm raus

PETER STUCKHARD

Wenn im Gesundheitssektor eine Gruppe von Leistungsanbietern nach mehr Geld ruft, ist Miss-trauen angebracht. Zumal dann, wenn in den Truhen des Gesundheitsfonds und bei den Krankenkassen ein Schatz im Wert von 30 Milliarden Euro darauf wartet, gehoben zu werden. Wir sollen also glauben, dass den deutschen Krankenhäusern das Wasser bis zum Hals steht.

Vieles spricht dafür. Vor den Zahlen die Alltagserfahrung: Wer hätte noch nicht aus der Familie oder dem Freundeskreis Klagen darüber gehört, dass Ärzte und Pflegepersonal zu wenig Zeit haben, sich nicht genügend um die Kranken kümmern können? Auch wenn eine Klinik kein Hotel ist, sollte doch nicht zur Regel werden, dass die Verwandten für die Verpflegung sorgen müssen. So weit ist es noch nicht, aber die Überlastung des Personals ist überall spürbar. So weit der subjektive Faktor.

Zu den Zahlen: Auch für die Krankenhäuser steigen die Energiekosten. Und nicht

nur die. Die Ärztegewerkschaft Marburger Bund fordert sechs Prozent mehr Gehalt, und dem Pflegepersonal steht erst recht ein ordentlicher Schluck aus der Pulle zu.

Nun kann eine Klinik diese Kostensteigerungen nicht einfach auf die Preise abwälzen. Die Preise und deren Entwicklung werden staatlich verordnet. Im laufenden Jahr dürfen es zwei Prozent mehr sein. Dass diese Erlössteigerung die Kostenentwicklung nicht aufhalten kann, ist nachvollziehbar. Die Folge wird sein: Die Kliniken werden die Leistungsmengen – auf Galle komm raus, auf Knieprothese hinein – ausweiten müssen. So weit der objektive Faktor.

Dass der Finanzminister dem Gesundheitssektor in diesem Jahr 2,5 Milliarden Euro zur allgemeinen Haushaltssanierung aus dem Gesundheitsfonds stehlen will, ist vor diesem Hintergrund empörend genug. Dass es 2014 noch einmal 2 Milliarden sein sollen, ist ein Skandal.

peter.stuckhard@
ihr-kommentar.de
Bericht Tagesthema

Koalitionsausschuss wird wohl verschoben

Ankündigungen

ALEXANDRA JACOBSON, BERLIN

Die schwarz-gelbe Bundesregierung will den nächsten Koalitionsausschuss verschieben. Ursprünglich war er für den 28. Februar geplant. Es kommt wohl ein Dankgottesdienst für den scheidenden Papst dazwischen. Dagegen ist nichts einzuwenden – wenn man nicht das untrügliche Gefühl hätte, dass die wahren Gründe ganz woanders liegen: Es könnte doch sein, dass CDU/CSU und FDP immer noch nichts Substanzielles zum Thema Rente zu bieten haben, weil sich die handelnden Personen immer noch nicht geeinigt haben, ob es denn eine bessere Mütterrente geben soll oder die „Lebensleistungsrente“, und weil auch die Frage der Finanzierung noch unklar ist.

Eigentlich müsste aber Schwarz-Gelb alles Wichtige noch im Februar auf den Weg bringen, damit der Bundestag vor der Wahl genügend Zeit für eine ordentliche Beratung hat. Doch mit der Erarbeitung von Gesetzen hat es Schwarz-Gelb nicht eilig. Alles wird auf die lange Bank geschoben. So ist beim jüngsten Koalitionsausschuss etwa beschlossen worden, die Renten für Contergan-Opfer pro Jahr um 120 Millionen Euro aufzustocken. Zweifellos ist das ein lobenswertes Unterfangen – wenn es nur schon mal einen Gesetzentwurf gäbe. Aber damit kann Schwarz-Gelb nicht dienen. Bisher blieb es bei der Ankündigung.

alexandra.jacobson@
ihr-kommentar.de
Bericht Seite 2

Adoptionsrecht für Homosexuelle

Endlich gleichberechtigt

KATHARINA BÄTZ

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, die sogenannte Sukzessiv-adoption ist durch. Homosexuelle Paare, die in einer eingetragenen Partnerschaft leben, dürfen in Zukunft nicht nur ein leibliches Kind ihres Partners adoptieren, sondern auch eines, das der Partner zuvor angenommen hat. Gut so, denn dieses Recht für Schwule und Lesben ist längst überfällig.

Natürlich gibt es die üblichen Bedenkenträger: Das Aufwachen mit gleichgeschlechtlichen Eltern könne dem Kind schaden oder gar einen Identitätsverlust bewirken, heißt es. Doch alle Zweifler sollten auch daran denken,

dass Kinder dank des Urteils in stabileren Familienverhältnissen – wenn auch anders als von vielen gewünscht – groß werden können. Außerdem wird die rechtliche Stellung des Kindes, beispielsweise beim Erbrecht, verbessert.

Das Urteil aus Karlsruhe betrifft zwar nur wenige. Letztens Endes aber zeigt es den Weg in eine Zukunft, in der, sollte es auch im Steuerrecht zur Gleichbehandlung homosexueller Paare kommen, die größten Unterschiede zwischen der eingetragenen Lebenspartnerschaft und der Ehe beseitigt sein werden.

katharina.baetz@
ihr-kommentar.de
Bericht Titelseite

PRESSESTIMMEN

PFERDEFLEISCH-SKANDAL

Thüringer Allgemeine

■ **Erfurt.** Die Pferdefleisch-Beimischungen sind nur die Spitze des Eisberges. Die Verantwortlichen wollten mit billigerem Ross-Hack schnelles Geld machen – so wie zuvor Weinpanscher mit Glykol oder die Gammelfleisch-Verkäufer mit ungenießbarem Schlachtgut. Wo Anreize für Betrug groß sind, ist gegen kriminelle Energie kein Kraut gewachsen.

Badische Neueste Nachrichten

■ **Karlsruhe.** Ein Land, das seinen Parkraum strenger über-

wacht als seine Lebensmittel, darf sich nicht wundern, wenn die Skandale sich so regelmäßig wiederholen wie Ebbe und Flut.

Sächsische Zeitung

■ **Dresden.** Es handelt sich ja offenbar nicht nur um einen Skandal. Überall taucht nun Pferdefleisch auf (. . .). Es scheint sich um keine unübliche Praxis zu handeln.

Nürnberger Nachrichten

■ **Nürnberg.** Gutes Fleisch und gute Wurst sind teurer als Massenware.



... und etwas von deinem Pferdefleisch!“

ZEICHNUNG: HORST HATTZINGER

TAGESTHEMA

Hilferufe aus den Kliniken

Krankenhäuser fordern faire Finanzierung

VON PETER STUCKHARD

■ **Berlin.** Die Geldnot der deutschen Krankenhäuser spitzt sich „zu einem Problem nationaler Tragweite zu“. Das sagte Alfred Dänzer, Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft, in Berlin. Mehr als 1.000 Führungskräfte aus dem Kliniksektor haben dort eine Petition an den Deutschen Bundestag verabschiedet, in der sie eine „faire Krankenhausfinanzierung“ fordern.

In der Petition wird ein düsteres Bild von der deutschen Krankenhauslandschaft gezeichnet. Immer mehr Kliniken schrieben rote Zahlen und seien wirtschaftlich akut bedroht. Auch die Belastungen der Beschäftigten seien zu hoch. Patienten beklagten, dass Ärzte und Pflegekräfte zu wenig Zeit für persönliche Zuwendung hätten – eine Aussage, die durch Zahlen der Patientenbefragung dieser Zeitung gestützt wird. 27,5 Prozent der Patienten in der Region meinten, die Ärzte hätten nicht genug Zeit für sie, beim Pflegepersonal waren es 25,3 Prozent.

„Die Kliniken können flächendeckend nicht mehr den Kostenanstieg und die Tariflohnsteigerungen aus den gesetzlich gedeckelten Versorgungspreisen bezahlen.“ So beschreibt Dänzer die Klemme, in der die Häuser stecken. Die dahintersteckenden Zahlen sind auch für Laien nachvollziehbar: Um zwei Prozent steigen 2013 die Preise für die Leistungen der Kliniken. Dem stehen höhere Kosten für Energie, für Versicherungsprämien und vor allem für das Personal gegenüber. „Es geht auch darum“, so Dänzer, „ein Zeichen der Wertschätzung für die 1,1 Millionen Beschäftigten zu setzen.“

Die früher oft beschworene Möglichkeit der Gegenfinanzierung der steigenden Kosten durch Rationalisierungsreserven spielt in der Diskussion praktisch keine Rolle mehr. Theodor Windhorst etwa, der Chef der Ärztekammer Westfalen-Lippe, sieht „die Zitrone als ausgeleuchtet“ an. Er hält es für „völlig unmöglich, im Personalbereich noch zu sparen“, der Pflegebereich sei sogar „total unterbesetzt“.

In der Analyse der Probleme geht Windhorst ins Grundsätzliche. Die Politik verkenne, dass die Finanzierung der



Quantität und Qualität: Wie viele Behandlungsfälle ein Arzt oder eine Pflegekraft in den einzelnen Kliniken bewältigen muss, kann man dem „Klinikführer OWL“ entnehmen. Er ist in allen Geschäftsstellen dieser Zeitung für 9,95 Euro erhältlich und vergleicht 29 Kliniken der Region.

Krankenhäuser ein Stück Daseinsvorsorge darstelle. Wie sich heute zeige, seien mit der Einführung der Fallpauschalen falsche Anreize gesetzt worden. Die Folge seien „das ‚Schnell rein, schnell raus‘ und das Krankkodieren der Patienten durch eine komplette eigene Bürokratiepartie im Krankenhaus“. Windhorst: „Da wurde der Grundstein zur Ökonomisierung der Medizin gelegt.“ Auch in der Politik mehren sich die Stimmen, die eine Änderung des Systems der Fallpauschalen fordern, weil die die Menge der Leistungen, nicht aber deren Qualität honorieren. Zu diesem Ergebnis kommt auch eine Studie der KPMG-Wirtschaftsprüfer, die der Redaktion vorliegt. Sie zeigt, dass Krankenhäuser mit hoher Rentabilität bei der Qualität häufig unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielten.

Auf heftige Kritik stößt auch die Praxis der Investitionen im Klinikbereich. Zum größten Teil müssen die Häuser die aus ihren Erlösen finanzieren, weil die Bundesländer – NRW zeigt hier besonders deutliche Defizite – dafür kaum Geld übrig haben. „Bund und Länder“, so die Berliner Petition, „müssen ihre Verantwortung für ein stabiles und verlässliches Gesamtfinanzierungssystem gemeinsam wahrnehmen.“

Regierung streitet über doppelte Staatsbürgerschaft

FDP will „Doppel-Pass“ / Union blockt Vorstoß ab

■ **Berlin** (dpa). Wenige Monate vor der Bundestagswahl ist in der Bundesregierung ein Konflikt über die doppelte Staatsbürgerschaft aufgebrochen. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) setzt sich dafür ein, dass ein „Doppel-Pass“ für in Deutschland lebende Ausländer erleichtert werden soll. Betroffenen sind vor allem Menschen türkischer Abstammung. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) sieht keinen Handlungsbedarf. Die SPD wirft der FDP Wahlkampfmotive vor. Die Justizministerin begründete ihren Vorstoß mit

dem Ziel einer besseren Integration. „Die kann auch durch doppelte Staatsbürgerschaft gefördert werden“, sagte sie. Dazu solle das Optionsrecht reformiert werden. „Die Optionslösung gehört auf den Prüfstand, wenn sie dazu führt, dass sich Menschen von Deutschland abwenden.“ Nach geltendem Optionsrecht müssen hier geborene Kinder von ausländischen Staatsbürgern bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres nachweisen, dass sie ihre ausländische Staatsbürgerschaft aufgeben haben. Tun sie das nicht, verlieren sie die deutsche Staatsbürgerschaft.

Weg für Gentests an Embryonen ist frei

■ **Berlin** (AFP). Der Weg für Gentests an künstlich erzeugten Embryonen ist frei. Das Bundeskabinett stimmte der Rechtsverordnung zu, die die sogenannte Präimplantationsdiagnostik (PID) regelt. Damit schloss sich die Bundesregierung dem Votum des Bundesrats an. Paare mit schweren Erbkrankheiten können demnach ab 2014 Gentests an Embryonen vornehmen lassen.

Koalitionsrunde wird verschoben

■ **Berlin** (rtr). Die schwarz-gelbe Bundesregierung wird höchstwahrscheinlich den für den 28. Februar geplanten Koalitionsausschuss verschieben. Grund ist nach Angaben von CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt ein geplanter Dankgottesdienst für den scheidenden deutschen Papst in Berlin am selben Tag. Die Politiker wollen an dem Gottesdienst teilnehmen. ➤ *Kommentar*

Birma: Flüchtlinge aßen tote Menschen

■ **Colombo** (dpa). Einige Bootsflüchtlinge aus Burma haben in ihrer Not auf hoher See das Fleisch von gestorbenen Mitreisenden gegessen. Die Marine Sri Lankas hatte 32 Männer aus Burma aus ihrem sinkenden Holzboot gerettet. Die Männer erzählten, sie hätten die Leichen von 98 anderen Flüchtlingen über Bord geworfen. Einige Überlebende hätten sich vom Fleisch von Toten ernährt.

Weniger Anschläge auf Zivilisten in Kabul

■ **Kabul** (AFP). Die Zahl der bei Angriffen in Afghanistan getöteten Zivilisten ist laut UNO erstmals zurückgegangen. Zugleich stieg die Zahl der Attentate auf afghanische Regierungsangestellte steil an. Das geht aus einem Bericht der UN-Mission in Afghanistan (UNAMA) hervor. Demnach wurden 2012 am Hindukusch 2.754 Zivilisten getötet, zwölf Prozent weniger als 2011.

Teddybären-Affäre: Grenzschützer verurteilt

■ **Minsk** (AFP). In der sogenannten Teddybären-Affäre in Weißrussland hat ein Militärgericht einen Grenzschützer zu zwei Jahren Lagerhaft verurteilt, wie der Oberste Gerichtshof in Minsk nun mitteilte. Im Juli 2012 hatte ein schwedisches Kleinflugzeug von Litauen aus die Grenze zu Weißrussland überflogen und Teddybären mit Protestlosungen zur Lage der Menschenrechte in dem Land abgeworfen.

PERSÖNLICH



Stephan Weil (54, SPD) ist neuer Ministerpräsident von Niedersachsen. SPD und Grüne haben nach zehn Jahren schwarz-gelber Koalition die Macht übernommen. Der bisherige hannoversche Oberbürgermeister bekam 69 Jastimmen. Das entspricht der Zahl aller Abgeordneten von Rot und Grün, die nur über einen Sitz mehr verfügen als CDU und FDP. FOTO: DPA



Laurent Gbagbo (67), Expräsident der Elfenbeinküste, muss sich vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag verantworten. Das Gericht hat mit den Anhörungen begonnen. Anschließend wollen die Richter entscheiden, ob genug Beweise vorliegen, um dem 67-Jährigen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit den Prozess zu machen. FOTO: REUTERS



John Allen (59), designierter NATO-Oberbefehlshaber in Europa, zieht seine Kandidatur zurück. Der US-General wollte wegen einer Krankheit seiner Frau abdanken, hieß es. Es gab bereits Gerüchte, wonach Allen wegen der Affäre um angeblich „unangemessene“ E-Mails an eine Freundin von Ex-CIA-Chefs David Petraeus zurücktreten wollte. FOTO: DPA

Schwule und Lesben haben ein Recht auf Adoption

HINTERGRUND

■ **Karlsruhe** (dpa). Das Bundesverfassungsgericht bleibt Motor bei der Gleichstellung von Schwulen und Lesben. Der neueste Fall ist eine Entscheidung zum Adoptionsrecht, die nicht allen Politikern gefällt. Jochen Neumeier berichtet.

Lebenspartnerschaften und Ehen eingeebnet: bei der Erbschaftsteuer, beim Grunderwerb, bei Betriebsrenten und beim Familienzuschlag für Beamte. Mit einer Entscheidung zum Ehegattensplitting wird noch in diesem Jahr gerechnet.

Stück für Stück haben die Karlsruher Richter nach diesem Grundsatz die Unterschiede zwi-

schon Lebenspartnerschaften und Ehen eingeebnet: bei der Erbschaftsteuer, beim Grunderwerb, bei Betriebsrenten und beim Familienzuschlag für Beamte. Mit einer Entscheidung zum Ehegattensplitting wird noch in diesem Jahr gerechnet.

Frankreich einen Unterschied in der politischen Kultur. Dort demonstrierten Hunderttausende für und gegen die Homo-Ehe, bevor in der vergangenen Woche die Nationalversammlung nach nächtelangen Debatten eine große Lösung beschloss: „Mariage pour tous“, die Ehe für alle.

In der mündlichen Verhandlung in Karlsruhe hingegen räumte der parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Volker Beck, in seltener Offenheit ein, man habe bei der Gesetzesfassung darauf gehofft, „dass die Gerichte regeln, was wir politisch nicht hinbekommen“.

Auch wenn es gern in Vergessenheit gerät: Das nun umgestoßene Gesetz stammt noch aus der Zeit der rot-grünen Koalition.

Der zur Entgegennahme des Urteils nach Karlsruhe entsandte FDP-Justizstaatssekretär wand sich sichtlich, als er nach der Verkündung gefragt wurde,

ob man nun nicht wenigstens die Frage des Ehegattensplittings für Lebenspartner politisch regeln wolle. „Es ist demnächst auch mit einem Urteil zum Ehegattensplitting zu rechnen“, sagte Max Stadler, „und dieses Urteil wird jetzt abgewartet.“

Was bleibt Stadler anderes übrig, hat doch der große Koalitionspartner, die CDU, erst im Dezember beschlossen, in diesem Punkt jedenfalls freiwillig nichts zu ändern. Teile der Politik, scheint es, lassen sich lieber vom Gericht zur Gleichstellung zwingen, als selbst tätig zu werden.